



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Nachfolgend finden Sie das zweiseitige Schreiben von
OB Egon Vaupel an Frau Hauschildt-Schön bezüglich
der Veranstaltung

„Prostitution, Mythen und Wirklichkeit“

vom 28. April 2007

EGON VAUPEL
Oberbürgermeister

Frau
Inge Hauschildt-Schön
Vogelsbergstraße 31

35043 Marburg

Marburg, 30. April 2007
011 bo

Sehr geehrte Frau Hauschildt-Schön,

die Veranstaltung „Prostitution, Mythen und Wirklichkeit“ am 28. April 2007 im Historischen Saal des Marburger Rathauses konnte ich wegen anderer dienstlicher Verpflichtungen an diesem Nachmittag nicht besuchen. Meine persönliche Referentin Brigitte Bohnke und Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer haben die Veranstaltung besucht.

Das „Netzwerk gegen Ausbeutung in der Prostitution“, das diese Veranstaltung ausgerichtet hat, will aufklären und informieren, wie ich den Informationen entnehme, die mir vorliegen. Dies unterstütze ich ausdrücklich, der Magistrat der Universitätsstadt ebenfalls. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung haben durch die Einrichtung der Beratungsstelle für „Opfer von Menschenhandel, Selbstständig tätige Personen in der Prostitution“ mit einem Büro im Marburger Rathaus deutlich gemacht, wie ernst es uns damit ist.

Ihre Äußerungen im Verlauf der oben erwähnten Veranstaltung im Marburger Rathaus, unter anderem über die Arbeit dieser Beratungsstelle, zeigen mir erneut, dass es Ihnen, Frau Hauschildt-Schön, nicht nur um Aufklärung und Information geht. Sie betreiben eine Kampagne gegen mich als Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg.

Ich kann das verkraften. Aber mich ärgert, dass Sie damit der Sache schaden.

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg und das Stadtparlament haben für die Einrichtung der Beratungsstelle gesorgt und damit die Grundlage gelegt für eine Arbeit, die sich doch auch das Netzwerk auf die Fahnen geschrieben hat: „Gegen Ausbeutung in der Prostitution“.

Grundlage der Beratungsarbeit, wie sie der Verein FIM (Frauenrecht ist Menschenrecht) seit mehr als 25 Jahren am Standort Frankfurt und hessenweit leistet, ist, ein Vertrauensverhältnis zu den in der Prostitution tätigen Frauen herzustellen. Ist eine

Vertrauensbasis geschaffen, werden durch die Beratungsstelle auch Frauen erreicht, die vielleicht nur kurze Zeit in einem Bordell vor Ort tätig sind. Es spricht sich nämlich rasch herum, wenn es an einem Ort verlässliche Hilfsangebote gibt.

Die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen von FIM sind dabei, diese Grundlage in Marburg aufzubauen. Sie haben die Arbeit im Januar 2007 aufgenommen. Ziel des FIM-Beratungsangebotes ist, Gewalt, Zwang, Ausbeutung und Fremdbestimmung in der Prostitution zu verhindern sowie professionelle Hilfe zu leisten für Opfer von Menschenhandel und für ausstiegswillige Frauen. Ihre Aussage, dass die Beratungsstelle „nichts bringe“, kann ich nicht nachvollziehen.

Aber das passt zu dem Stil, in dem Sie, Frau Hauschildt-Schön „Aufklärung und Information“ betreiben. In der Veranstaltung am 28. April in Marburg haben Sie erneut – und zwar wider besseres Wissen – behauptet, dass die Stadt von Anfang an gewusst habe, dass ein „Menschenhändler“ als Betreiber des Bordells in Marburg tätig geworden sei. Der Name dieser Person taucht auf keinem Antrag bezüglich der Nutzungsänderung des Gebäudes Siemensstraße 10 vom Frühsommer 2005 auf. Der so genannte „Kleeblattprozess“ wurde am 9. Dezember 2005 vor dem Marburger Amtsgericht eröffnet. Erst zu diesem Termin wurde als ein Angeklagter die von Ihnen genannte Person öffentlich bekannt.

Das wissen Sie, Frau Hauschildt-Schön. Und trotzdem behaupten Sie immer wieder das Gegenteil.

Ihre Äußerungen bezüglich der Strafanzeige, die Sie und weitere Frauen gegen mich und Verantwortliche des Bauamtes der Stadt im Sommer 2006 gestellt haben, sind ein weiterer Beleg für „Ihren“ Stil. Sie beschuldigen in dieser Strafanzeige mich und Verantwortliche der Bauverwaltung, die Betreiber des Bordells bei der Genehmigung in rechtswidriger Weise begünstigt zu haben, Sie sprechen gar von Bestechung ohne dafür konkrete Anhaltspunkte nennen zu können!

Bei der Veranstaltung am 28. April haben Sie zwar mitgeteilt, dass das Strafverfahren eingestellt wurde. Sie haben aber nicht gesagt, dass die Staatsanwaltschaft den „Beschuldigten“ bescheinigt hat, sich von Anfang an ernsthaft mit den Einwendungen aus Politik und Öffentlichkeit auseinandergesetzt zu haben und alle rechtlichen Möglichkeiten, die Einrichtung des Bordells zu verhindern, sorgfältig und mit vertretbaren Ergebnissen geprüft zu haben. Fazit: In allen Punkten kein rechtswidriges Verhalten.

Da ich davon ausgehe, dass das „Netzwerk gegen Ausbeutung in der Prostitution“ aufklären und informieren will und kein Interesse hat, dass dieser Anspruch durch eine Kampagne, wie Sie sie gegen mich und den Magistrat betreiben, beschädigt wird, lasse ich eine Kopie dieses Schreibens auch Verantwortlichen der Bürgerinitiativen in Schorndorf und Weinheim zukommen.

Weitere Kopien gehen an Maik Dietrich-Gibhardt (Marburg), die Frauenbeauftragten der Stadt und der Philipps-Universität, den Vorstand der „Marburger Tafel“, die Vorsitzenden der im Stadtparlament vertretenen Fraktionen, FIM sowie den Dekan der evangelischen Kirchengemeinden in Marburg.

Mit freundlichen Grüßen

